

Maria Wirth

AKW Temelin und Beneš-Dekrete - Zur aktuellen Diskussion und den österreichisch-tschechischen Beziehungen

Das AKW Temelin, 100 km nördlich von Linz gelegen, weist mittlerweile eine beinahe 20jährige Geschichte auf. 1983 wurde in der damaligen Tschechoslowakei der Bau am AKW begonnen. Von den ursprünglich geplanten vier Reaktoren wurden jedoch nur zwei gebaut. 1993 beschloss die damalige tschechische Regierung die Fertigstellung von Reaktor 1 und 2 und vergab die dafür nötigen Aufträge an die amerikanische Firma Westinghouse. Die nötige Kreditgarantie kam – trotz Bedenken der zuständigen Unterausschüsse des US-Parlaments - von der US Export-Import-Bank.

Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des AKWs kamen vor allem auf, als sich eine seit September 1997 tätige internationale ExpertInnenkommission kritisch zu dieser Frage äußerte. Trotzdem beschloss die tschechische Regierung im Mai 1999 mit einer knappen Mehrheit den Weiterbau am AKW. In der EU nahmen zugleich immer mehr Mitgliedstaaten (Schweden 1980, Deutschland 1998, Belgien 1999) den langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie in Angriff. Die nötigen Finanzmittel für den Weiterbau von Temelin stellten Kredite durch die Deutsche Bank, die Bayerische Landesbank und die Sumitomo Bank Ltd. bereit. Die Kosten für das AKW, dessen Inbetriebnahme immer wieder verschoben wurde, liegen nach Schätzungen heute jenseits der 100-Millionen Kronen-Grenze (www.aai.at).

Anfang Oktober 2000 erfolgte schließlich die Aktivierung des AKW (Block 1). In Folge mehrerer Pannen musste der Reaktor jedoch mehrfach heruntergefahren werden. Von den Temelin-GegnerInnen wird deshalb ein hohes Unsicherheitspotential des AKW ins Treffen geführt. Eine vergleichende Studie des Wiener Ökologie-Instituts kam jedoch zu dem Ergebnis, dass sich Temelin in puncto Sicherheitsrisiko nicht im Spitzenfeld der europäischen AKWs bewegt und vergleichsweise „harmlos“ ist (Wenisch, Antonia, Sicherheit von West- und Osteuropäischen Atomkraftwerken. Beitrag für das Anti-Atom-Symposium 1999. Aktualisierte Fassung Dezember 2001). Selbst das niemals in Betrieb gegangene österreichische AKW Zwentendorf wäre heute gefährlicher, titelten auch die österreichischen Medien (*Der Standard*, 13.12.2001, S. 2). Trotzdem spielte die Sicherheitsfrage die zentrale Frage in den Verhandlungen zwischen Österreich und Tschechien über die Inbetriebnahme des AKWs („Melker Prozess“) und wurde – vor allem von der FPÖ instrumentalisiert - zu einem wichtigen Thema im Rahmen des Beitritts der Tschechischen Republik zur Europäischen Union.

Kritik hat das AKW Temelin bereits seit dem Baubeginn im Jahre 1983 sowohl in der Tschechischen Republik als auch im übrigen Europa ausgelöst. Zu nennen sind etwa Proteste aus den an Tschechien angrenzenden Regionen Ober- und Niederösterreichs oder auch der Einspruch von Bundeskanzler Franz Vranitzky in Washington zur Zeit der Kreditvergabe durch die Export-Import-Bank. Motiviert war diese Kritik vorwiegend durch umwelt- und sicherheitspolitische Erwägungen. Die Kritik, die von Seiten der FPÖ am AKW Temelin vorgebracht wird, schlägt jedoch (zumindest auch) in andere Kerbe und hat das Feindbild der EU-Osterweiterung vor Augen.

So kündigen führende VertreterInnen der FPÖ (Jörg Haider, Peter Westenthaler, Hans Achatz, Susanne Ries-Passer) seit nunmehr mehreren Jahren an, dass es bei keiner Stilllegung des AKWs zu einem Veto Österreichs gegen den EU-Beitritt Tschechiens kommen werde. Im

1

Jänner 2001 wurde sodann ein vor allem auf die FPÖ zurückführendes „Anti-Temelin“-Volksbegehren durchgeführt, das - von der Kronen-Zeitung unterstützt - zum dritterfolgreichsten Volksbegehren der Zweiten Republik wurde (915.220 Unterschriften bzw. 15,5 % der Wahlberechtigten).

Auffallend ist hierbei, dass sich keine der anderen Parteien – auch keine der Oppositionsparteien (SPÖ und Grüne) - klar gegen das Volksbegehren ausgesprochen hat. Zu stark war die gezogene „Umweltkarte“; die Ablehnung der Atomenergie zu evident. Vermochte das Thema Atomkraft doch schon 1978 die ÖsterreicherInnen zu mobilisieren, als sich bei der ersten Volksabstimmung der Zweiten Republik eine knappe Mehrheit - 50,47 zu 49,53 % - gegen die Inbetriebnahme des bereits fertig gebauten AKWs Zwentendorf aussprach. Und wohl auch den Unwillen der mächtigen Kronen-Zeitung wollte keine der Parteien provozieren, wenn auch die Stoßrichtung des Volksbegehrens klar war. So hat auch der verbale Schlagabtausch zwischen Tschechiens Premierminister Miloš Zeman und Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider während der Eintragungswoche für das Volksbegehren zu einer wesentlichen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen geführt. War doch von „Postfaschist“ (Zeman) über, „Poskommunist“ (Haider) und „Wendehals“ (Haider) alles an Beleidigungen zu hören, was vorstellbar ist (*Der Standard*, 16.1.2002).

Zugleich verwickelte die FPÖ immer mehr – und dies vor allem nachdem absehbar war, dass das Thema Temelin an Schärfe zu verlieren begann - auch die Frage der Beseitigung der „Beneš-Dekrete“ mit einem EU-Beitritt Tschechiens. Wesentlich ist hierbei, dass einige der „Beneš-Dekrete“ die Grundlage für die Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen aus der CSSR nach 1945 bildeten. Von der FPÖ wurden sie zuletzt im Zusammenhang der jüdischen Wiedergutmachungsforderungen thematisiert. So hieß es seitens der FPÖ noch 1998, dass eine Entschädigung der jüdischen Vermögensverluste nur dann erfolgen soll, wenn auch die Sudetendeutschen für das ihnen in der Nachkriegszeit angetane Leid entschädigt würden. Ab 2000 wurden die „Beneš-Dekrete“ von FPÖ-PolitikerInnen dann vorwiegend im Zusammenhang der EU-Osterweiterung immer häufiger angesprochen.

Richtig ist, dass die diskutierten „Beneš-Dekrete“ auf einer Kollektivschuld basierendes Unrecht sind, die noch heute – wenn auch „erloschen“ und „historisch überholt“ - Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung sind (*Interview mit Miloš Zeman in: Focus, Nr. 7/2002, S. 203*). Sie müssen im Zusammenhang mit der gewaltsamen Machtübernahme der Nationalsozialisten in der CSSR und den von ihnen verübten Greueltaten gesehen werden. Bedeutsam ist hierbei vor allem das Faktum, dass sich bei den letzten freien Wahlen 1938 91 % der Sudetendeutschen für die Hitler-nahe Partei Henleins ausgesprochen haben. Eine seriöse Diskussion über die „Beneš-Dekrete“ wäre somit in eine breitere, kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einzubetten. Im Zuge dieser wäre auch an eine klare Obsolet-Erklärung der in der aktuellen Diskussion zitierten „Beneš-Dekrete“ zu denken. Eine andere Frage ist jedoch, in welchem Zusammenhang und mit welcher Intention ein historisch belastetes Thema - von den Medien unterstützt - hochgespielt wird und ob bzw. in welcher Form ein zwischenstaatlicher Dialog gesucht wird.